

An die
Mitglieder des Ausschusses für Europa und Eine Welt
- Unterrichtung nach Art.89 b LV i.V.m.
der hierzu geschlossenen Vereinbarung
Behandlung gem. § 65 GOLT -



Rheinland-Pfalz

STAATSKANZLEI

Staatskanzlei Rheinland-Pfalz | Postfach 38 80 | 55028 Mainz

An den
Präsidenten des
Landtags Rheinland-Pfalz
Herrn Hendrik Hering
Platz der Mainzer Republik 1
55116 Mainz

LANDTAG
Rheinland-Pfalz
18/7155
VORLAGE

BEVOLLMÄCHTIGTE DES
LANDES BEIM BUND
UND FÜR EUROPA
UND MEDIEN

Staatssekretärin
Heike Raab

E-Mail: vz.raab@stk.rlp.de

24.3.2025

Mein Aktenzeichen
253-1

Ihr Schreiben vom

Ansprechpartner/-in / E-Mail
Heike Raab
vz.raab@stk.rlp.de

Telefon / Fax
06131 / 16 - 4100
06131 / 16 - 4107

**Bericht über die 164. Plenartagung des Ausschusses der Regionen vom
19. bis 20. Februar 2025 und die konstituierende Sitzung der
Fachkommissionen des AdR am 21. Februar 2025**

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident,

gemäß Ziffer III. 5. b. der „Vereinbarung zwischen Landtag und Landesregierung gem. Art. 89b der Landesverfassung über die Unterrichtung des Landtags durch die Landesregierung“ übersende ich beigefügt mit der Bitte um Weiterleitung an den zuständigen Ausschuss eine Information über die Ergebnisse der 164. Plenarsitzung des Ausschusses der Regionen vom 19. bis 20. Februar 2025 sowie der konstituierenden Sitzungen der Fachkommissionen des AdR am Folgetag in elektronischer Ausführung.

Mit freundlichen Grüßen

Heike Raab

1/1

Dienstsitz Mainz:
Staatskanzlei Rheinland-Pfalz
Peter-Altmeier-Allee 1
55116 Mainz

Telefon 06131 / 164100
Telefax 06131 / 164107

Dienstsitz Berlin:
Vertretung des Landes Rheinland-Pfalz
In den Ministergärten 6
10117 Berlin

Achtung: Neue Telefonnummer
Telefon 030 / 3743461100
Telefax 030 / 3743461200

Dienstsitz Brüssel:
Vertretung des Landes Rheinland-Pfalz
60, Avenue de Tervueren
1040 Brussels | Belgien

Telefon 0032 / 27369729
Telefax 0032 / 27901333



Rheinland-Pfalz

STAATSKANZLEI

AUSSCHUSS DER REGIONEN

**Die Bevollmächtigte
des Landes beim Bund und für Europa und Medien
informiert**

**Ergebnisse der 164. Plenartagung
des Europäischen Ausschusses der Regionen**

**vom 19. Februar bis 21. Februar 2025
in Brüssel**

Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der Landesvertretung Rheinland-Pfalz herausgegeben. Sie darf weder von Parteien noch Wahlbewerbern oder Wahlhelfern im Zeitraum von sechs Monaten vor einer Wahl zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Landtags-, Bundestags-, Kommunal- und Europawahlen. Missbräuchlich ist während dieser Zeit insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken und Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl darf die Druckschrift nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Landesregierung zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte. Den Parteien ist es gestattet, die Druckschrift zur Unterrichtung ihrer eigenen Mitglieder zu verwenden.

Herausgeberin: Die Bevollmächtigte des Landes Rheinland-Pfalz
beim Bund und für Europa und Medien

Staatskanzlei Rheinland-Pfalz
Peter-Altmeier-Allee 1, 55116 Mainz
Tel. 06131/16-0
E-Mail: Poststelle@stk.rlp.de

Vertretung des Landes Rheinland-Pfalz beim Bund
und bei der Europäischen Union,

In den Ministergärten 6, 10117 Berlin,
Tel. 030/374346-1000,
E-Mail: Poststelle-EU@lv.rlp.de

60, Avenue de Tervueren,
B-1040 Brüssel,
Tel.0032-2-790-1020,
E-Mail: europa@stk.rlp.de

In diesem Bericht sind nur jene TOPs der betreffenden Sitzung wiedergegeben, die eine besondere politische Relevanz besaßen oder zu denen in der Sitzung eine Stellungnahme des Europäischen Ausschusses der Regionen (AdR) verabschiedet wurde.

Zu Beginn der Tagung erfolgte die Wahl der neuen AdR-Führung. Die Wahl, die zu Beginn der Mandatsperiode 2025-2030 des AdR erfolgte, bedeutet, dass Präsidentin Tüttő in den nächsten zweieinhalb Jahren die führende Stimme der Regionen und Städte in der Europäischen Union sein wird.

Juan Manuel Moreno Bonilla, Präsident der spanischen Region Andalusien (EVP/ES), wird als erster Vizepräsident in die neue Präsidentschaft des AdR eintreten. Im Rahmen einer politischen Einigung wird die SPE den Vorsitz zur Hälfte des Mandats des AdR an die EVP abtreten, wobei Herr Moreno Bonilla derzeit als Nachfolger von Frau Tüttő erwartet wird.

Präsidentin Tüttő sprach am 20. Februar vor den AdR-Mitgliedern und erklärte, dass sie sich auf die Stärkung der lokalen Demokratie, die Förderung der Klima-, Kohäsions- und Wohnungspolitik sowie die Sicherstellung konzentrieren werde, dass die Städte und Regionen eine Schlüsselrolle bei der Gestaltung der Zukunft der EU spielen.

Die Mitglieder des AdR wählten auch neue Vorsitzende und stellvertretende Vorsitzende der sechs Fachkommissionen und ihrer Fachkommission für Finanz- und Verwaltungsfragen. Zur Vorsitzenden der Fachkommission für Sozialpolitik, Bildung, Beschäftigung, Forschung und Kultur (SEDEC) wurde Staatssekretärin Heike Raab gewählt.

TOP 7. Debatte mit dem Präsidenten des Europäischen Rates

Eingangs der Debatte hob der Präsident des Europäischen Rates, Antonio Costa, die Rolle des AdR bei der Krisenbewältigung und der Politikgestaltung hervor. Costa, vormals selbst AdR-Mitglied, betonte die Bedeutung von Investitionen in Verteidigung, Innovation und Partnerschaften und rief dazu auf, die territoriale Integration zu verstärken, auf die Anliegen der Bürger einzugehen, mehr erschwinglichen Wohnraum zu schaffen und den Finanzrahmen mit klaren Zielen zu stärken. Weitere wichtige von ihm genannte Punkte waren die Bedeutung einer kohärenten Politik, das Vertrauen der Bürger und die Notwendigkeit einer demokratischen Erneuerung für die Bewältigung der aktuellen geopolitischen Herausforderungen.

Von den AdR-Mitgliedern wurde neben anderem gefordert, die Verwirklichung der EU-Prioritäten genau zu überwachen, nicht zuletzt durch eine jährliche politische Debatte über die Umsetzung der Strategischen Agenda aus lokaler und regionaler Sicht. Die AdR-Mitglieder betonten in der Debatte, dass viele der Prioritäten der Strategischen Agenda der EU widerspiegeln, was die Vertreter der Regionen und Kommunen in der Erklärung von Mons im März 2024 gefordert haben. In der Erklärung hatten sie ihre Prioritäten für ein stärkeres, gerechteres und widerstandsfähigeres Europa dargelegt.

TOP 13. Aussprache zu Kohäsionspolitik

Exekutiv-Vizepräsident der Europäischen Kommission (EVP) für Kohäsion und Reformen, Raffaele Fitto, tauschte sich mit den Mitgliedern des AdR darüber aus, wie die Kohäsionspolitik effizienter gestaltet und gleichzeitig die wirtschaftliche Konvergenz gefördert und soziale und territoriale Ungleichheiten verringert werden können.

Lokale und regionale Vertreter warnten davor, künftige EU-Kohäsionsfonds mit einem zentralisierten und territorial blinden Ansatz zu konzipieren und zu verwalten. Dies würde sich als wirkungslos erweisen, wenn es darum geht, territoriale Ungleichheiten abzubauen und dabei versagen langfristige Investitionen in jeder Region zu tätigen. Es bestehe ein hohes Risiko, dass ein solcher Ansatz zu einer Zuweisung von Mitteln aufgrund politischer Erwägungen und nicht entsprechend regionaler Bedürfnisse führt. Wie die Europäische Kommission in einer kürzlich veröffentlichten Mitteilung über den Weg zum nächsten langfristigen Haushalt betont hat, „muss eine verstärkte Kohäsions- und Wachstumspolitik, in deren Mittelpunkt die Regionen stehen, in Partnerschaft mit den nationalen, regionalen und lokalen Behörden konzipiert und umgesetzt werden.“

EVP Fitto forderte die regionalen und lokalen Entscheidungsträger dazu auf, die gemeinsame Arbeit an der Reform der Kohäsionspolitik zu intensivieren, und versicherte ihnen, dass er an den Grundprinzipien der Kohäsionspolitik festhalte: Partnerschaft, geteilte Verwaltung, Multi-Level-Governance und ortsbezogener Ansatz.

TOP 14. Beitrag der Programmplanung von LEADER und CLLD nach 2027 zu einer besseren Umsetzung der langfristigen Vision für die ländlichen Gebiete der EU,

Berichterstatter: Thibaut GUIGNARD

Initiativstellungnahme

NAT-VII/044

(FR/EVP)

COR-2024-02569-00-00-PAC-TRA (einstimmig)

In der Stellungnahme wird die zentrale Rolle hervorgehoben, die der Unterstützung der Politik zur Entwicklung des ländlichen Raums in der EU über die GAP hinaus zukommt. Sie soll in die politische Arbeit des AdR zur langfristigen Vision für den ländlichen Raum (LTVRA) sowie in die Legislativvorschläge für die GAP nach 2027 (voraussichtlich Mitte 2025) einfließen. In der Stellungnahme wird darauf abgezielt, die Rolle der LEADER- und CLLD-Maßnahmen zu fördern und ihre Verknüpfung und Stärkung vor dem Hintergrund der laufenden Debatten über eine Zentralisierung der EU-Kohäsionspolitik sicherzustellen. Lokal entwickelte Lösungen mit angemessener (und leicht nutzbarer) EU-Unterstützung sind ein wichtiges Element gegen EU-Skepsis, insbesondere in ländlichen oder benachteiligten Gebieten. Für die umfassendere Anwendung mit anderen EU-Mitteln wird der Begriff "von der örtlichen Bevölkerung betriebene lokale Entwicklung" (CLLD) verwendet. Die Stellungnahme betont, wie wichtig es ist, die

Kohärenz zwischen den von LEADER finanzierten Aktivitäten und anderen EU-Fonds (die manchmal zur Unterstützung derselben Projekte verwendet werden könnten) sicherzustellen.

Top 15. Bewältigung der Wohnungskrise durch die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften

In einer Debatte mit Dan Jørgensen, Kommissar für Energie und Wohnen, forderten Mitglieder des AdR eine solidere und besser koordinierte Reaktion der EU auf die zunehmende Wohnungskrise in Europa. Sie forderten eine deutliche Aufstockung der Investitionen in den sozialen und bezahlbaren Wohnungsbau und betonten, dass zur Bewältigung dieser Krise Mittel aus dem Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) und anderen EU-Fonds erforderlich sind.

In der Debatte wurde auch die entscheidende Rolle der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften bei der Gewährleistung des Zugangs zu erschwinglichem und nachhaltigem Wohnraum hervorgehoben. Da diese für Stadtplanung, Flächennutzung, Bauvorschriften und wichtige öffentliche Dienstleistungen zuständig sind, stünden sie bei der Bewältigung der Wohnungskrise an vorderster Front. Die lokalen Entscheidungsträger betonten vor diesem Hintergrund, dass die Einbeziehung der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften bei den Bemühungen um die Integration von Wohnungsbauprojekten in umfassendere Stadtentwicklungsstrategien, einschließlich der öffentlichen Infrastruktur, von wesentlicher Bedeutung ist.

Die AdR-Mitglieder unterstrichen weiterhin, dass der Europäische Plan für erschwinglichen Wohnraum in enger Abstimmung mit den lokalen und regionalen Gebietskörperschaften entwickelt werden müsse, um sicherzustellen, dass die lokalen und regionalen Perspektiven vollständig einbezogen werden.

TOP 16. Bürgermeister-Paweł-Adamowicz-Preis

Vitaliy Klitschko Bürgermeister von Kiew wurde mit dem Paweł Adamowicz Award in Anerkennung seiner außergewöhnlichen Führung und Förderung des bürgerschaftlichen Engagements auch inmitten der extremen Herausforderungen des Krieges ausgezeichnet. Der Preis wurde von Kata Tüttő, Präsidentin des Europäischen Ausschusses der Regionen, und Magdalena Adamowicz, Mitglied des Europäischen Parlaments, in Anwesenheit von Marta Kos, Kommissarin für Erweiterung am zweiten Plenartag, dem 20. Februar 2025, in Brüssel überreicht.

Der zum vierten Mal verliehene Preis wurde vom AdR in Zusammenarbeit mit der Stadt Danzig und dem International Cities of Refuge Network (ICORN) ins Leben gerufen. Der Preis wird lokalen Entscheidungsträgern – in der Politik oder in der Zivilgesellschaft – verliehen, die gegen Intoleranz, Radikalisierung, Hetze und Fremdenfeindlichkeit kämpfen. Er würdigt die Arbeit aller gewählten Vertreterinnen und Vertreter, Beamtinnen und Beamten, Organisationen und Bürger, die trotz der Risiken versuchen, die Demokratie auf lokaler Ebene zum Funktionieren zu bringen und bessere und offenere Gemeinschaften zu unterstützen. Im Rahmen der interinstitutionellen Zusammenarbeit zur Förderung des Preises des Bürgermeisters Paweł Adamowicz konnten die Mitglieder des Europäischen Parlaments auch Kandidaten nominieren.

Der Bürgermeister von Kiew, Vitaliy Klitschko, erhielt den Preis in Anerkennung seines Schwerpunkts auf Resilienz, Innovation und Menschenrechte. Angesichts der russischen Aggression habe die Führung von Vitaliy Klitschko dazu beigetragen, die Menschenrechte zu schützen, den Zugang zu grundlegenden Dienstleistungen wie Wasser, Strom und Nothilfe sicherzustellen und die humanitären Bemühungen für Vertriebene zu koordinieren. Die Jury ist der Meinung, dass seine Unterstützung für Freiheit, Rechtsstaatlichkeit und europäische Integration sein Engagement für die demokratische Zukunft Kiews unterstreiche und lobte seinen innovativen Ansatz für bürgerschaftliches Engagement und Führungsrolle bei der Verteidigung der Menschenrechte und sagte, dass er zu einem globalen Symbol für Mut und Ehrgeiz geworden sei.

TOP 17. Stärkung der europäischen Verteidigungsindustrie: lokale und regionale Perspektiven

Eine starke europäische Verteidigungsindustrie

**Berichterstatter: Fernando LÓPEZ MIRAS
(ES/EVP) (einstimmig)**

Initiativstellungnahme

ECON-VII/041

**COR-2024-02104-00-
00-PAC-TRA**

Da die geopolitischen und wirtschaftlichen Herausforderungen in der Europäischen Union nach wie vor bestehen, ist eine Aufstockung der Mittel für die Stärkung der Verteidigungsindustrie der EU von entscheidender Bedeutung, insbesondere da die Europäische Kommission ihren nächsten langfristigen Haushalt über 2027 hinaus ausarbeitet. Dies sollte jedoch nicht zulasten einer starken Kohäsionspolitik gehen. Dies ist die wichtigste Botschaft einer Stellungnahme unter der Leitung des Berichterstatters Fernando Lopez Miras, Präsident von Murcia.

In der Stellungnahme zum Thema „Eine starke europäische Verteidigungsindustrie“ fordern die AdR-Mitglieder eine bessere Zusammenarbeit mit der subnationalen Ebene, um bestehende regionale Cluster und die europäischen Lieferketten im Verteidigungsbereich zu stärken. In der Stellungnahme wurde auch nachdrücklich gefordert, zweckgebundene Mittel für verteidigungsbezogene Initiativen bereitzustellen, ohne die Kohäsionspolitik zu untergraben, die für die Förderung der territorialen, wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung von entscheidender Bedeutung ist. Ferner forderten sie die Europäische Investitionsbank (EIB) auf, weitere Arbeiten durchzuführen, um Bereiche zu ermitteln, in denen die EIB verteidigungsbezogene Tätigkeiten finanzieren könnte.

Die AdR-Mitglieder unterstützen die Europäische Strategie für die Verteidigungsindustrie (EDIS) und den dazugehörigen Vorschlag für ein Europäisches Programm für die Verteidigungsindustrie (EDIP), fordern jedoch eine bessere Einbeziehung der regionalen und lokalen Gebietskörperschaften, da sie über einschlägige Kompetenzen bei der Planung und Landnutzung für den Bau von Einrichtungen verfügen, die für die Herstellung und Erprobung von Verteidigungsgütern von entscheidender Bedeutung sind. Die AdR-Mitglieder betonten die Bedeutung einer starken und widerstandsfähigen EU-Verteidigungsversorgungskette in allen Regionen, mit besonderem Augenmerk auf diejenigen, die am stärksten konventionellen oder nicht konventionellen militärischen Bedrohungen ausgesetzt sind. In diesem Zusammenhang betonten sie die Notwendigkeit, die Verteidigungsfähigkeiten von Regionen in Mitgliedstaaten mit Außengrenzen zu stärken, insbesondere von Grenzregionen mit historisch bedeutenden Verteidigungsclustern und kritischen Logistikinfrastrukturen, die anfällig für Störungen sind.

Am 5. März hat die Europäische Kommission die erste Strategie für die europäische Verteidigungsindustrie (EDIS) in Form einer Mitteilung und eines Programms für die europäische Verteidigungsindustrie (EDIP) in Form eines Verordnungsvorschlags angenommen. Bei diesem Paket geht es um den Aufbau der Verteidigungsbereitschaft der EU durch die Förderung der Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten, die

Unterstützung des innergemeinschaftlichen Verteidigungshandels und der Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten mit der Industrie. Die Strategie enthält eine Reihe von Zielen. Bis 2030 sollten die EU-Länder

- mindestens 40 % der Verteidigungsausrüstung über Zusammenarbeit kaufen
- mindestens die Hälfte ihres Budgets für die Beschaffung von Verteidigungsgütern für Produkte ausgeben, die in Europa hergestellt werden
- mindestens 35 % der Verteidigungsgüter zwischen EU-Ländern statt mit anderen Ländern handeln.

Trotz der Tatsache, dass die lokale und regionale Dimension der Strategie eher begrenzt ist, wurde vereinbart, eine Stellungnahme zu diesem Thema zu erarbeiten, da viele EU-Regionen industrielle Verteidigungsunternehmen (Produkte, die sowohl für militärische als auch für zivile Zwecke verwendet werden) beherbergen.

TOP 18. Unterstützung von KMU in regionalen Wertschöpfungsketten – Förderung der Lokalwirtschaft

**Initiativstellungnahme
ECON-VII-042
COR-2024-02105-00-
00-PAC-TRA**

Berichtersteller: Oszkár SESZTÁK (HU/EKR) (einstimmig)

In der Stellungnahme wird die entscheidende Rolle der kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) bei der lokalen und regionalen Wirtschaftsentwicklung hervorgehoben. Vor dem Hintergrund des zunehmenden Protektionismus, des globalen Wettbewerbs, der technologischen Entwicklung und des Krieges in der Ukraine sprachen sich die Mitglieder dafür aus, die Lieferketten zu diversifizieren und die Produktion auf lokale Märkte zu verlagern, um die regionale Wirtschaft zu stärken und ein nachhaltiges Wachstum in der EU sicherzustellen. Sie betonten die wesentliche Rolle von KMU in der regionalen Wirtschaft, die Innovation und Nachhaltigkeit vorantreiben, hochwertige Arbeitsplätze schaffen und lokale Kaufkraft schaffen und warnten jedoch vor den Herausforderungen, die sich auf die Wettbewerbsfähigkeit von KMU auswirken, wie übermäßiger Regulierungsaufwand, steigende Energiekosten sowie Arbeitskräfte- und Fachkräftemangel.

Die Mitglieder betonten, dass eine starke Nachbarschaftswirtschaft („Proximity Economy“) mit kurzen Wertschöpfungsketten, insbesondere in ländlichen Gebieten und Randgebieten, für nachhaltiges Wachstum, die Autonomie der EU und den sozialen Zusammenhalt von grundlegender Bedeutung ist. Sie hoben hervor, wie die Digitalisierung das Potenzial der Nachbarschaftswirtschaft neu beleben und ihr Wachstum steigern kann, obwohl viele kleine KMU und Kleinstunternehmen, die in lokalen Ökosystemen tätig sind, weitere Unterstützung und Anleitung benötigen, um die digitale Herausforderung in Chancen umzuwandeln.

Das Ökosystem der „nahen und sozialen Marktwirtschaft“ wurde als eines der 14 wichtigsten industriellen Ökosysteme der EU ermittelt. Die Europäische Kommission hat den „Transition Pathway for Proximity and Social Economy“ veröffentlicht, in dem 14 konkrete Bereiche genannt werden, in denen die Politik und die Mittel der EU eine größere Rolle bei der Unterstützung von KMU und anderen Akteuren beim Übergang zum ökologischen und digitalen Wandel spielen sollten.

Die Proximity Economy ist ein Ökosystem, das auf kurzen Wertschöpfungsketten in einem engen geografischen Gebiet basiert und Aktivitäten der lokalen Industrie und kleiner Unternehmen umfasst, die in verschiedenen Wirtschaftszweigen tätig sind. Ihre langfristige Integration in die lokale Gemeinschaft fördert eine strategische Ausrichtung auf Resilienz und langfristige Nachhaltigkeit, anstatt kurzfristige Gewinne zu maximieren.

Am Folgetag, dem **21. Februar 2025**, konstituierten sich die **Fachkommissionen**:

- Fachkommission für Unionsbürgerschaft, Regieren, institutionelle Fragen und Außenbeziehungen (CIVEX)
- Fachkommission für Sozialpolitik, Bildung, Beschäftigung, Forschung und Kultur (SEDEC).
- Fachkommission für Umwelt, Klimawandel und Energie (ENVE)
- Fachkommission für Wirtschaftspolitik (ECON)
- Fachkommission für natürliche Ressourcen (NAT)
- Fachkommission für Kohäsionspolitik und EU-Haushalt (COTER)

In der konstituierenden Sitzung der SEDEC wurden die Vorsitzende, Heike Raab, die erste stellvertretende Vorsitzende Tanya Hristova und der zweite stellvertretende Vorsitzende Csaba Borboly gewählt. Nach einem kurzen Statement der neuen Vorsitzenden erfolgte der Bericht und ein kurzer Austausch zur zukünftigen Arbeit der Fachkommission.